

Bericht über die Sitzung 1/2003 des Hauptausschusses am 18. März 2003 in Berlin

GUNTHER SPILLNER

Mit Berlin als Sitzungsort tagte der Hauptausschuss zum ersten Mal seit dem Umzug des Bundesinstituts für Berufsbildung nach Bonn wieder in der deutschen Hauptstadt. Anlass war der Besuch der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn MdB, die zu der aktuellen Ausbildungsplatzsituation Stellung nahm, die Ausbildungsplatzoffensive der Bundesregierung erläuterte und fünf Schwerpunkte der Reformvorhaben in der laufenden Legislaturperiode vorstellte.

Angesichts der schwierigen aktuellen Ausbildungsplatzsituation forderte die Ministerin die Betriebe mit Nachdruck auf, ihre Verantwortung – schon im Eigeninteresse – zu übernehmen und das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich zu erhöhen, da anderenfalls die duale Ausbildung insgesamt gefährdet sei; Ausbildungschancen dürften nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängen. Für die Stabilität der dualen Berufsausbildung sei unverzichtbar, „dass jedem Jugendlichen, der betrieblich ausgebildet werden will und dies auch kann, ein betrieblicher Ausbildungsplatz angeboten wird“. Die Bundesregierung werde aktiv zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots eine umfassende Ausbildungsplatzoffensive starten und in enger Abstimmung mit den Sozialparteien und den örtlich und sachlich Zuständigen umsetzen. Dazu gehören u. a. regionale Branchenkampagnen zur Mobilisierung von Betrieben, die bisher nicht ausbilden, ein neues Programm zur Strukturverbesserung der Ausbildung in Problemregionen, eine betriebsnähere Ausgestaltung der öffentlichen Ausbildungsplatzförderung und die Verknüpfung der bereits laufenden Programme mit der regionalen Struktur- und Innovationsförderung.

Ministerin Bulmahn erläuterte im weiteren Verlauf folgende fünf Schwerpunkte der Reformvorhaben der Bundesregierung:

- Durchlässige Wege für berufliche Entwicklungen
- Beschäftigungschancen für Jugendliche – Qualifizierter Nachwuchs für die Wirtschaft
- Qualifizierung für grenzübergreifendes Wirtschaften und Arbeiten
- Qualität und Transparenz für lebensbegleitendes Lernen
- Alle Qualifikationspotenziale entwickeln und nutzen.

In der sich anschließenden Diskussion führte die Ministerin unter anderem aus, die vorhandenen Modelle der Benachteiligtenförderung müssten ausgewertet und in eine „Förderung aus einem Guss“ umgesetzt werden. Qualifizierungsbausteine seien insbesondere für Jugendliche mit gescheiterter Schulkarriere ein wichtiges Instrument zum Einstieg in die berufliche Bildung. Sie seien kein Ersatz für das Beruflichkeitsprinzip oder für die duale Ausbildung, sondern ergänzende Angebote. Ihre regional anerkannte Zertifizierung (auf Kammerbezirksebene) sei als Voraussetzung für den weiteren Berufsweg unabdingbar; eine bundesweite Zertifizierung sei nicht geplant. Bei der Weiterbildungszertifizierung habe sie den Anspruch, ein europaweit akzeptiertes Verfahren zur Anerkennung, Zertifizierung und Qualitätssicherung zu etablieren. Eine erneute Investitionsförderung des Bundes für Berufsschulen, wie in der letzten Legislaturperiode, könne nicht wiederholt werden. Mit Blick auf die Ausbildereignerprüfung würden z. Zt. im BMBF neue Möglichkeiten geprüft. Ziel müsse sein, dass bei einschlägiger fachlicher und persönlicher Qualifikation auch entsprechend ausgebildet werden dürfe.

Von Arbeitgeberseite wurde das große Eigeninteresse der Wirtschaft an einer Verbesserung der aktuellen Ausbildungsplatzsituation betont. Allerdings müssten die Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Abhängigkeit von den Problemen „Rekordarbeitslosigkeit“, Insolvenzen und konjunktureller Abschwung gesehen und beurteilt werden. Eine wachstumsorientierte Politik führe zu mehr Beschäftigung und zu mehr Ausbildung. Keinesfalls dürften die Kosten für die Arbeitgeber weiter steigen, die Aussetzung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung zum 1.8. 2003 sollte geprüft werden. Außerdem seien aus Sicht der Arbeitgeber Elemente zur Flexibilisierung der Ausbildungsberufe und der Ausbildungsvergütungen Erfolg versprechend.

Von Arbeitnehmerseite wurde die große Bedeutung der außerbetrieblichen Ausbildung und ihre gesicherte Förderung in Anbetracht der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt unterstrichen. Kürzungen der Benachteiligtenförderung im Haushalt der BA würden die Trägerschaft verunsichern und dadurch zu einer Erhöhung der Zahlen jugendlicher Arbeitsloser führen. Falls im Wege

der Freiwilligkeit die Akquirierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze nicht erreicht werde, müsse über ein Finanzierungssystem nachgedacht werden.

Wie in jedem Jahr standen im weiteren Verlauf der Sitzung des Hauptausschusses die Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2003 und der Haushaltsplanentwurf des Bundesinstituts für das Jahr 2004 im Zentrum der Beratungen.

Der Hauptausschuss verabschiedete die Stellungnahme der Länder mit Mehrheit als seine Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2003. Diese und die Minderheitsvoten der Gruppe der Arbeitgeber und der Gruppe der Arbeitnehmer liegen als Anlage dieser Ausgabe der BWP bei und sind als Pressemitteilung 9/2003 des Bundesinstituts veröffentlicht worden.

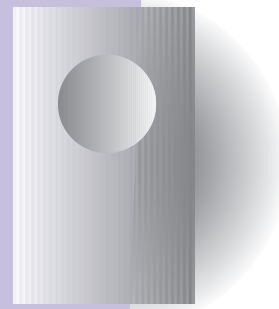
Der Hauptausschuss stellte nach § 14 Abs. 1 des Berufsbildungsförderungsgesetzes den Haushaltsplan des Instituts für das Haushaltsjahr 2004 in Einnahmen und Ausgaben mit 58.770 T € – unter dem üblichen Haushaltsvorbehalt des Bundes – abschließend fest und nahm die Mittelfristige Finanzplanung 2004–2007 ohne Aussprache zur Kenntnis. Er beschloss das überarbeitete Mittelfristige Forschungsprogramm in der vorgelegten Fassung und nahm das Forschungsprojekt 2.5.101 „Wege und Instrumente zur Stabilisierung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung bei schwieriger Wirtschaftslage: ihre Wirksamkeit aus der Sicht der Betriebe“ in der vorgelegten Fassung in das Forschungsprogramm auf.

Außerdem behandelte der Hauptausschuss die Schriftlichen Mitteilungen des Generalsekretärs. Dieser informierte ergänzend über die erfreuliche Entwicklung der Zugriffe auf das Internet-Angebot des Bundesinstituts für Berufsbildung. Darüber hinaus war das Arbeitsprogramm 2003 des Bundesinstituts Gegenstand der Beratungen, das auch die Vorhabenplanung sowie die internationalen Forschungsaufträge und Projekte, die von Dritten finanziell gefördert werden, enthält. Der Generalsekretär wurde um geeignete Veröffentlichung gebeten.

Herr Woortmann, Beauftragter der Arbeitgeber, appellierte zum Schluss der Sitzung mit Nachdruck an alle Mitglieder und Teilnehmer/-innen des Hauptausschusses, die einen Arbeitgeber vertreten, darauf hinzuwirken, dass dieser Arbeitgeber im laufenden Jahr entweder, falls dies noch nicht erfolgt sei, die Ausbildung aufnehme oder die Ausbildungsleistung anhebe. In schwierigen Zeiten sei es wichtig, mit gutem Beispiel voranzugehen!

Die Vorsitzende unterstützte diesen Appell und regte an, über entsprechende Erfolge dem Hauptausschuss im Einzelnen zu berichten.

Die Vorsitzende und der Generalsekretär dankten Ingrid Reske, Beauftragter der Arbeitnehmer, die zum letzten Mal an einer Sitzung des Hauptausschusses teilnahm, für ihr Engagement und für die geleistete Arbeit und wünschten ihr alles Gute für die Zukunft. ■



E-Learning – zu dynamisch, um darüber Bücher zu schreiben?

GERT ZINKE

Multimedia in der Aus- und Weiterbildung: Grundlagen und Fallstudien zum netzbasierten Lernen

Martin Lang, Günter Pätzold

Deutscher Wirtschaftsdienst Köln 2002, 219 Seiten, € 19,90

„Das Buch richtet sich an Nutzer multimedialer Lernangebote sowie an betriebliches Ausbildungspersonal, das ... zu entscheiden hat, welche Standardsysteme eingeführt werden sollen, oder aber ... (das) bei der Einführung von E-Learning mitwirken soll.“ Der selbst gestellte Anspruch lautet folgerichtig ... „Antworten auf Fragen nach Konzepten multimedialer Lernumgebungen und ihrer Implementation ...“ zu geben.

In den ersten drei Kapiteln werden zunächst sehr umfangreich Grundlagen multimedialer Lernumgebungen beschrieben bis hin zur Bildschirmgestaltung. Die begriffliche Klärung und Abgrenzung zwischen netzbasiertem Lernen, Multimedia, Online-Lernen und Telelernen wird dabei nicht konsequent genug vollzogen. – Zum Beispiel muss Multimedia nicht netzbasiert und netzbasiert muss nicht Multimedia sein, schon der Titel lässt gerade diesen Eindruck entstehen. Den Begriff E-Learning haben die Autoren, abgesehen vom Glossar, nicht ins Feld geführt, was zweckdienlich gewesen wäre, um für alle erläuterten Formen elektronischen Lernens einen Oberbegriff zu finden und dann zu differenzieren.

Trotzdem hilft das Buch dem Leser, sich einen lerntheoretischen und lernpsychologischen Hintergrund zum E-Learning zu verschaffen, der durch umfangreiche Literaturangaben und Zitate fundiert ist.